



### Presseschau vom 25.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Unterdrückung russischer Medien im Ausland: Russland wird antworten.

Die russische staatliche Kommunikations- und Informationsaufsicht hat mögliche Antwortmaßnahmen auf die offensichtliche Diskriminierung russischer Medien im Ausland vorbereitet. Diese Maßnahmen betreffen alle Bereiche der Informationsverbreitung. Dies erklärte der Vize-Leiter der Behörde Vadim Subbotin.

Die Maßnahmenvorschläge des Föderalen Dienstes für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologien und Massenkommunikation wurden bereits an das russische Parlament zur Diskussion weitergeleitet. Es soll sich um „symmetrische, adäquate Maßnahmen“ handeln.

„Wir haben einen Vorschlagkomplex erarbeitet, der in unseren gesetzlichen Kompetenzen liegt, in den Kompetenzen im Bereich der Informationsverbreitung auf allen Ebenen: im Fernsehen, im Radio, in den Printmedien und natürlich im Internet“, erklärte Subbotin in einer Sitzung des Ausschusses für Souveränitätsschutz.

Er fügte auch hinzu, seine Behörde ziehe in Betracht, die Vorschläge auch fernab der Öffentlichkeit zu diskutieren, weil es sich um „empfindliche Fragen“ handle.

Die mögliche Reaktion auf die Diskriminierung russischer Medien im Ausland steht vor allem mit dem Vorgehen der US-Regierung gegen den Sender RT in Verbindung.

Anfang Oktober hatte die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan nicht ausgeschlossen, dass amerikanische Restriktionen den russischen Fernsehsender RT zum Einstellen des

Sendebetriebs in den USA zwingen könnten. Grund für die Sorge der Chefredakteurin war die Forderung des US-Justizministeriums an das Unternehmen, welches die RT-Fernsehproduktion in den Staaten betreut, sich offiziell als „Auslandsagent“ registrieren zu lassen.

Simonjan hatte auch gesagt, die Vorgehensweise der US-Behörden gegenüber RT sei ein Teil des innenpolitischen Dramas, das sich in den Vereinigten Staaten abspiele. Bei anderen Medien werden derartige Maßnahmen nicht ergriffen, betonte sie.

Das Außenministerium Russlands und das russische Parlament hatten bereits von möglichen Gegenmaßnahmen als Reaktion auf diese diskriminierenden US-Aktivitäten in Bezug auf russische Medien gesprochen.

Die USA beschuldigen bereits seit Monaten Russland und den Sender RT, in den US-Präsidentschaftswahlkampf eingegriffen zu haben, um Donald Trump zum Sieg zu verhelfen.

### **vormittags:**

Dan-news.info: „Heute Nacht wurde **Alexandrowka** von ukrainischen Truppen beschossen. Die Häuser in der Leninstraße 2 und 19 wurden beschädigt“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit. Der Leiter des Nowoaswoskij-Bezirk Anatolij Janowskij teilte mit, dass in der Nacht **Kominternowo** von ukrainischen Truppen beschossen wurde. „Es war sehr laut in der Nacht, der Bezirk wurde heftig beschossen. In der Folge dessen wurde in Kominternowo in der Achmatowa-Straße 18 ein Wohnhaus beschädigt“, sagte er.

de.sputniknews.com: USA fordern von Serbien Neubewertung der Beziehungen zu Russland. Russlands Außenministerium hat die jüngsten Aussagen des stellvertretenden Staatssekretärs für europäische und eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Hoyt Brian Yee, heftig kritisiert, der „eine Reihe von provokativen Erklärungen“ bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Serbien und Moskau abgegeben hat.

„Der amerikanische Diplomat hat grob von Belgrad gefordert, das Zusammenwirken mit Russland neu zu bewerten und sich nur auf die Annäherung an die EU zu konzentrieren“, heißt es aus dem russischen Außenministerium.

Zudem wird betont, dass „die USA kein EU-Mitglied sind und wahrscheinlich nicht wissen, dass viele EU-Staaten umfangreich und effektiv zu gegenseitig vorteilhaften Bedingungen mit Russland zusammenarbeiten“.

„Niemand darf Serbien stören, sich an ein solches Herangehen zu halten, das auf seinen nationalen Interessen beruht“, so die russischen Diplomaten.

Russlands Außenministerium rief die USA dazu auf, ihre „feindlichen ideologisierten Stereotypen“ nicht aufzuzwingen, welche „die Grundlagen der internationalen Stabilität und Zusammenarbeit auf dem Balkan und in Europa“ unterminieren.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die USA in Serbien ein Informationszentrum zum Kampf gegen den „russischen Einfluss“ in der Region einrichten wollten. Der stellvertretende Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Hoyt Brian Yee, äußerte dabei seine Besorgnis über den „russischen Einfluss“ in der Region. Er habe das Gefühl, dass „Serbien mit einem Fuß auf dem Wege in die EU und mit dem anderen auf dem Wege zu einem Bündnis mit Russland steht“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31801/86/318018639.jpg>

dnr-news.com: Der Durchschnittslohn in der DVR stieg in einem Jahr um 22% - Tolstykina  
Der durchschnittliche Arbeitslohn in der Donezker Volksrepublik stieg seit August 2016 um 22% und liegt jetzt bei mehr als 10.000 Rubel. Dies erklärte die Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik der DVR Larissa Tolstykina.

„In der Republik gibt es eine positive Dynamik des Anstiegs des Durchschnittslohns. Denn wenn wir das Gehalt eines Arbeitenden im August dieses Jahres betrachten, so ist es im Vergleich zu der Periode des vergangenen Jahres um 22% gestiegen und liegt heute bei 10.130 Rubel“ sagte Tolstykina.

Der Durchschnittslohn ist ein makroökonomischer Indikator, errechnet als arithmetischer Durchschnitt der Gehälter der arbeitenden Bevölkerung.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/1508910623\\_screenshot\\_67.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/1508910623_screenshot_67.jpg)

de.sputniknews.com: Steinmeier zu Tätigkeit deutscher Unternehmen auf der Krim:  
Deutsche Firmen werden laut dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nicht auf der Halbinsel Krim arbeiten. Die Situation rund um die Lieferungen von Siemens-Turbinen habe das Vertrauen zwischen dem russischen und deutschen Unternehmertum verletzt.  
„Deutsche Unternehmen werden sich dort (auf der russischen Halbinsel Krim – Anm. d. Red.)

nicht engagieren“, sagte Steinmeier in einem Interview mit der russischen Zeitung „Kommersant“. „Im Fall Siemens kommt hinzu, dass ein bestehender Vertrag gebrochen und damit das Vertrauen von Investoren in die Vertragstreue russischer Geschäftspartner beschädigt wurde.“

Zwar habe der Bundespräsident keinen genauen Überblick, soweit er wisse, zeigten deutsche Firmen bisher aber kein Engagement und keine Investitionstätigkeit auf der Krim. „Der Fall Siemens ist insofern von besonderer Brisanz, weil es offenbar Zusagen von Seiten der russischen Gesprächspartner gab, die nicht eingehalten wurden“, äußerte Steinmeier weiter. Das habe das gegenseitige Vertrauen nachträglich belastet.

Die Siemens AG hatte im vergangenen Juli gegen die russische Rostech-Tochter Technopromexport (TPE) und das eigene Tochterunternehmen eine Klage beim Schiedsgericht Moskau eingereicht. Die Siemens AG wirft „Technopromexport“ vor, vier Turbinen für ein Kraftwerk illegal auf die Krim gebracht zu haben. In Übereinstimmung mit den EU-Einschränkungsmaßnahmen gegen Russland hatte der deutsche Konzern den Einsatz seiner Turbinen für die Stromerzeugung auf der Krim untersagt.

Der deutsche Konzern will nun erreichen, dass die Lieferungen der Turbinen als rechtswidrig anerkannt werden.

Die russischen Behörden sind sich jedoch sicher, dass die Turbinen rechtmäßig auf die Krim geliefert worden seien, weil sie vorher gründlich unter Einsatz russischer Technologien umgebaut worden waren. Unter anderem sei deren Leistungskraft erhöht worden.

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat ebenfalls mehrfach betont, dass die Turbinen in Russland hergestellt worden seien.

Anfang August hatte die EU wegen der Turbinen-Lieferungen auf die Krim drei russische Bürger und drei Unternehmen auf die Sanktionsliste gesetzt.

[Ukrinform.ua: ATO-Stab berichtet über vier tote Soldaten in Donbass.](#)

[In den letzten 24 Stunden sind im Gebiet der Antiterror-Operation \(ATO\) 4 Soldaten der ukrainischen Armee getötet worden, ließ das Pressezentrum des ATO-Stabs berichten.](#)

[„Durch Kämpfe sind zwei unserer Krieger getötet worden. Ein weiterer wurde verletzt. Außerdem sind durch die Explosion eines unbekannten Sprengkörpers zwei ukrainische Verteidiger umgekommen und drei weitere verletzt worden“, so die Meldung.](#)

[de.sputniknews.com: Mysteriöse Akustik-Attacken auf US-Diplomaten: Kuba spricht von „Science Fiction“.](#)

Kuba weist die Anschuldigungen der USA in Bezug auf die angeblichen akustischen Attacken, von denen 24 US-Diplomaten betroffen gewesen sein sollen, als „Science Fiction“ zurück.

„Das ist unmöglich. Das ist irgendeine Science Fiction. Technisch gesehen ist das unmöglich“, zitiert die Agentur Reuters den Experten des kubanischen Innenministeriums Jose Alaso, der an den Ermittlungen teilnimmt.

Die kubanischen Behörden haben ihm zufolge mehr als 2000 Fachkräfte in die Ermittlungen der mysteriösen Vorfälle in der US-Botschaft eingeschaltet, darunter auch Kriminologen, Audiologen und Mathematiker. Bislang sei kein Beweis dafür erbracht worden, dass es die erwähnte Akustik-Attacke tatsächlich gegeben habe.

Nach einer Reihe mysteriöser Erkrankungen unter US-Diplomaten hatten die USA Ende September mehr als die Hälfte ihres Botschaftspersonals aus Havanna abgezogen. Die Diplomaten berichteten von Schallblasen mit dröhnendem Lärm in Räumen, klagten über Hörverlust, Schwindel, Kopfschmerzen und Erschöpfung. Kuba weist die Vorwürfe über angebliche „Akustik-Attacken“ von sich und betont, die Situation könne das Verhältnis zwischen beiden Ländern belasten.





<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31716/73/317167340.jpg>

de.sputniknews.com/nytimes.com (Bilder): Tillerson in Kabul? Foto mit verschwundener Uhr wirft Fragen auf.

Die Bilder vom Treffen zwischen dem US-Außenminister Rex Tillerson und dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani in Kabul werfen viele Fragen auf: Von dem Foto, das die afghanische Seite veröffentlicht hat, sind die Wanduhr und der Brandmelder entfernt worden.

Ursprünglich hatten die beiden Seiten laut „The New York Times“ erklärt, das Treffen habe in der Hauptstadt Kabul stattgefunden. Doch diese Bild-Manipulation zeige, dass das Gespräch doch nicht in Kabul stattgefunden habe – sondern auf der US-Militärbasis in Bagram.

Die digitale Wanduhr über den Köpfen von Tillerson und Ghani zeigte laut „NYT“ die westeuropäische Zeit, die Ortszeit und die Eastern Standard Time.

Auf dem Foto, das von der US-Botschaft in Afghanistan auf Twitter veröffentlicht wurde, sind die Wanduhr und der Brandmelder klar zu sehen. Doch auf dem von der afghanischen Regierung veröffentlichten Bild seien diese nicht mehr zu finden gewesen, was eindeutig darauf hinweise, dass das Foto manipuliert worden sei.

Das Verschwinden der Wanduhr kann jedoch mit Sicherheitsbedenken wegen der in letzter Zeit verstärkten Aktivitäten der Taliban in der Region erklärt werden. So hatten die Kämpfer am Tag des Besuchs des Pentagon-Chefs James Mattis Ende September der Zeitung zufolge mehr als 50 Raketenschläge auf den internationalen Flughafen in Kabul durchgeführt.



<https://static01.nyt.com/newsgraphics/2017/10/23/afghan-tillerson->

[meeting/ac30b5b35c691ceeceba225cb1241451ae98a16b/uscrop.jpg](https://static01.nyt.com/newsgraphics/2017/10/23/afghan-tillerson-meeting/ac30b5b35c691ceeceba225cb1241451ae98a16b/uscrop.jpg)



<https://static01.nyt.com/newsgraphics/2017/10/23/afghan-tillerson-meeting/ac30b5b35c691ceeceba225cb1241451ae98a16b/afghanistan.jpg>

de.sputniknews.com: USA geben entfernte Russland-Flaggen zurück – Moskau weiterhin entsetzt.

Washington hat laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow die Flaggen, die vom Gebäude des russischen Generalkonsulats in San Francisco entfernt worden waren, zurückgegeben.

„Die Flaggen und das Archiv des russischen Generalkonsulats in San Francisco haben sie zurückgegeben“, sagte der Diplomat gegenüber Journalisten am Mittwoch und betonte zugleich, dass die USA mit der Flaggenentfernung „die Bestimmungen sowohl des internationalen Konsularabkommens vom 1963 als auch der bilateralen Konsularkonvention auf das Größte verletzt“ hätten.

Flaggen seien eines der höchsten Staatssymbole, erinnerte Russlands Vize-Außenminister. Ein derartiger Umgang mit ihnen sei in jeder Hinsicht provokativ. „Dass sie sie uns übergeben haben, ist selbstverständlich, alles, was dem vorausging, weckt bei uns aber nach wie vor eine sehr scharfe Ablehnung“, unterstrich Rjabkow.

Am Vortag hatte Russlands Botschaft in Washington die Übergabe des Archivs des zuvor geschlossenen russischen Generalkonsulats in San Francisco durch US-Behörden bekannt gegeben. Dabei sei es der russischen Seite jedoch nicht erlaubt worden, die Dokumente aus dem Gebäude selber abzuholen, was internationale Normen verletze. Russlands Behörde erinnerte die US-Kollegen daran, dass die Archive eines Konsulats jederzeit und unabhängig von deren Standort unantastbar seien.

Dnr-news.com: Refrat Tschubarow kommentierte die Worte Sobtschak zur Zugehörigkeit der Krim

Der Abgeordnete der Obersten Rada, einer der Führer der Organisation „Mejdschlis des krim-tatarischen Volkes“ Refrat Tschubarow äußerte sich zufrieden mit den Worten der TV-Moderatorin Xenia Sobtschak zur Zugehörigkeit der Krim. Dies schrieb er auf seiner Facebook-Seite.

„Unabhängig davon, ob diese öffentliche Aussage Xenia Sobtschak zur Krim einen Teil des Jesuitischen Kremlplans ist, sollten wir nicht die Initiative der russischen Politiker, die die Krim als ukrainisches Territorium bezeichnen, abwürgen“, erklärte Tschubarow.

Er ergänzte, dass Kiew nicht in die Diskussion über territoriale Zugehörigkeit der Halbinsel

„bis zur vollständigen Deokkupation“ hineingezogen werden sollte.

„Möchten sie Verhandlungen über die Rechte der russischen Bevölkerung der Krim? Kein Problem! Doch nur dann, wenn die Ukraine ihre Souveränität wiedererlangt und alle die, die nach dem 20. Februar 2014 dauerhaften Aufenthalt dort haben, unverzüglich die Halbinsel verlassen“, sagte der ukrainische Politiker.

## **nachmittags:**

de.sputniknews.com: Putin schickt Xi ein Telegramm.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in einem Telegramm zu dessen Wiederwahl als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gratuliert. Das teilte der Kreml am Mittwoch mit.

Das Ergebnis der Abstimmung habe die politische Autorität von Xi Jinping und seinem Kurs bestätigt, schrieb Putin an Xi (64), der am Dienstag für weitere fünf Jahre zum Parteichef gewählt worden ist.

Zudem drückte Putin die Hoffnung auf noch mehr Vertrauen und eine engere Partnerschaft zwischen Russland und China aus.

Ukrinform.ua: Hrojsman stellt den Ministern Ultimatum:

Der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, hat in der heutigen Regierungssitzung die Minister aufgefordert, Druck seitens der von ihnen kontrollierten Strukturen auf die Wirtschaft auszuschließen, sonst müssten sie zurücktreten, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„So kann es nicht weiter gehen. Entweder Sie können jegliche Verfahren vereinfachen, sie für das Unternehmertum zugänglich und freundlich machen, so dass sie die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht hemmen, oder Sie unterzeichnen Ihre Unfähigkeit und legen das Amt nieder. Aber ich fordere auf, diese ganze Geschichte zu überwinden“, wandte sich der Regierungschef an die Minister.

Er betonte, dass sich die Unternehmer über die Arbeit und den Druck seitens einer Reihe von Staatsstrukturen beschweren.

de.sputniknews.com: 15 russische Hochschulen gehören zu den besten der Welt.

Insgesamt 15 russische Hochschulen sind in das internationale Ranking U.S. News Best Global Universities 2018 aufgenommen worden, was doppelt so viel ist wie im Vorjahr. Das teilte der Pressedienst des Projektes zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit russischer Hochschulen „5-100“ am Mittwoch mit.

Wie es heißt, ist die deutliche Erhöhung der Zahl der in dem Ranking vertretenen russischen Unis hauptsächlich auf das Projekt „5-100“ zurückzuführen – zwölf der insgesamt 15 in die Liste aufgenommenen russischen Unis sind Teilnehmer des Projektes.

Zu den weltbesten Hochschulen gehören demnach die Moskauer Lomonossow-Universität (Platz 267), die Nationale Universität für Kernforschung MEPhI in Moskau (Platz 438), die Universität in Nowosibirsk (Platz 471) und das Moskauer Institut für Physik und Technologie (Platz 534).

Zugleich haben es neun russische Hochschulen zum ersten Mal in das Ranking geschafft. Dabei soll es sich unter anderem um die föderale Universität Kasan, die Lobatschewski-Universität in Nischnij Nowgorod sowie die Nationale Forschungs- und Technologie-Universität MISIS in Moskau handeln.

Das internationale Ranking U.S. News Best Global Universities bewertet Hochschulen weltweit nach akademischen Studien sowie der globalen Reputation. Das Universitäts-Ranking wurde vor mehr als 30 Jahren entwickelt. Auf der Liste stehen insgesamt 1.250 Hochschulen aus 74 Ländern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31802/40/318024039.jpg>

ukrinform.ua: Kabinett billigt Aktionsplan für Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU.

Das Ministerkabinett der Ukraine hat den Aktionsplan für die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union (EU), die Kommunikationsstrategie im Bereich der europäischen Integration für 2018 bis 2021, gebilligt und den nationalen Koordinationsmechanismus für die Kooperation der Staatsorgane zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und der Ukraine verabschiedet.

Die Entscheidung wurde in der Kabinettsitzung am Mittwoch unterstützt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Wie Iwanna Klympusch-Zynzadse, Vize-Premierministerin und Ministerin für europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine, festgestellt hat, sind die getroffenen Entscheidungen notwendige Voraussetzungen für die qualitative hohe und zügige Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU. Sie sollen auch die Unumkehrbarkeit des Kurses der europäischen Integration der Ukraine im Rahmen der internen Abläufe und Mechanismen gewährleisten.

„Wir werden jetzt eine minimale Bürokratie haben, und wir müssen ein System (für die Umsetzung des Abkommens – Red.) haben“, sagte die Vize-Premierministerin.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die verbrecherische Regierung der Ukraine betrügt weiter die eigenen Bürger und verheimlicht die Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Verlauf von Provokationen, die in der „ATO“-Zone durchgeführt werden.

Gestern starb ein Soldat auf den Positionen einer der Einheiten der 58. Brigade als ein Mörsergeschoss im Lauf eines Mörsers bei verbrecherischen Beschüssen von Territorien unserer Republik detonierte, ein weiterer wurde schwer verletzt.

Dieser Vorfall wird gegenüber dem übergeordneten Kommando sorgfältig verheimlicht. Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten **24 Stunden** haben die ukrainischen Truppen **fünfmal** das Regime der Feueinstellung verletzt.



Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Almasnaja, Dolgoje, Kalinowo und Kalinowka**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 47 Geschosse abgeschossen.

Freiwillige des karitativen Hilfsfonds für die ukrainische Armee „Komm lebend zurück“ haben am 24. Oktober in Facebook ein Video veröffentlicht, das mit Hilfe einer Drohne aufgenommen wurde, auf dem angeblich ein „feindlicher Panzer“ brennt. Die Freiwilligen teilen mit, dass die Kiewer Truppen Drohnen zur Feuerleitung verwenden. Die ukrainischen Medien haben diese Meldung mit der Unterschrift „Das könnte man sich immer weiter ansehen: eine Drohne hat festgehalten, wie unsere Soldaten einen feindlichen Panzer vernichteten“ gebracht.

Ich habe dieses Video gesehen, ich kann genau sagen, dass es veröffentlicht wurde, um den Kampfgeist in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte anzufachen, eine sehr heftige Unterschrift, die nicht der Wirklichkeit entspricht. Auf diesem Video ist nicht die Explosion eines Panzer zu sehen und es gibt auch keine Hinweise auf die Örtlichkeit.

Die ukrainischen Medien versuchen auch, die Republiken der Nutzung von schweren Waffen zu beschuldigen. Aber sie denken nicht daran, dass sie selbst die Minsker Vereinbarungen verletzt, weil die **Verwendung von Drohnen** verboten ist. Aber wie bekannt ist, ist die Verletzung der Vereinbarungen in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte eine gängige Praxis und sie verwenden Drohnen an der gesamten Kontaktlinie.

Die Volksmiliz der LVR unterbindet regelmäßig die rechtswidrigen Aktionen des Gegners und die ukrainischen Streitkräfte haben systematische Fehlbestände bei ihren Drohnen.

de.sputniknews.com: Mitten in der Blockade: Russlands Verteidigungschef zu historischem Besuch in Katar.

Russlands Verteidigungsminister ist am Mittwoch nach Katar gekommen, um mit dem Golf-Emirat ein Regierungsabkommen über militärtechnische Zusammenarbeit abzuschließen.

Katar wird seit Monaten durch Saudi-Arabien und andere Nachbarstaaten blockiert.

Schoigu besucht als überhaupt erster russischer Verteidigungsminister Katar.

Er wird sich mit dem Staatsoberhaupt, Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, sowie mit dem katarischen Verteidigungsminister Khalid bin Mohammad Al Attiyah treffen, um über die globale und regionale Sicherheit sowie über die militärtechnische Zusammenarbeit zu sprechen, wie Igor Konaschenkow, Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch mitteilte.

Al Attiyah hatte bereits im August angekündigt, das Emirat möchte die entsprechende Technologie kaufen, um russische Luftabwehrsysteme selbständig bauen zu können. Zudem habe sein Land bereits mehrere russische Waffensysteme zur Erprobung erhalten.

Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Libyen sowie Jemen, die Malediven und Mauritius hatten im Sommer die diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen und ihre Grenzen geschlossen. Sie warfen dem Emirat „Unterstützung des Terrorismus“ und „Destabilisierung der Lage im Nahen Osten“ vor. Doha bestreitet das. Beobachter sehen darin jedoch einen Versuch Saudi-Arabiens, seine Dominanz in der Region auszubauen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31802/50/318025051.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

**In Richtung Donezk** hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Umgebung von **elf Ortschaften** wurden 79 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

**In Richtung Mariupol** hat der Gegner sieben Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf das Gebiet von **Leninskoje** abgeschossen.

**In Richtung Gorlowka** hat der Gegner mit Granatwerfern und Schusswaffen **Sajzewo** beschossen.

In den letzten 24 Stunden wurden **23 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In der Folge eines Mörserbeschusses von Alexandrowka von den Positionen der 92. mechanisierten Brigade aus, die der offene Nazi Kokorjow kommandiert, wurde **ein ziviler Einwohner, geb. 1954, verletzt** und es wurden zwei Häuser in der Kirow-Straße 2 und der Lenin-Straße 19 beschädigt.

Die heutige Erklärung des Presse zentrums des Stabs der sogenannten ATO über den Tod von vier und die Verletzung von weiteren vier Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aufgrund von Detonationen auf einem Minenfeld erlaubt es zu sagen, dass unsere Aufklärungsdaten über die gültige Praxis, dass Karten von Minenfeldern bei der Rotation von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an der vordersten Verteidigungslinie verkauft werden, ihre Bestätigung finden.

Wir prognostizieren im Zusammenhang mit der in der nächsten Zeit geplanten Rotation von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte eine Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten unter den ukrainischen Soldaten, weil nicht alle Kommandeure bereit sind, für Informationen über eigene Minen oder für ausgerüstete Positionen zu zahlen.

Das Kommando der sogenannten ATO prognostiziert auch eine Zunahme der Opfer der chaotischen Zustände an der Front im Verlauf der Rotation. Derzeit wird das **Stadtkrankenhaus Nr. 5 von Mariupol, das im Eilverfahren militärisch besetzt wurde, zu einem Militärhospital umgerüstet.** Dabei werden Kranke, die nicht ständige Pflege benötigen, einfach auf die Straße gesetzt. Die übrigen werden zur Behandlung in Ortschaften außerhalb von Mariupol geschickt.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine führt weiter erfolglose Versuche durch, ihre Bevölkerung von den wachsenden innenpolitischen Problemen abzulenken. Dazu werden Filmteams ukrainischer Fernsehsender in die „ATO“-Zone geschickt, um **„Fake“-Materialien über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung durch die Streitkräfte der DVR und über Beschüssen von Positionen der ukrainischen Streitkräfte** zu drehen.

Unter anderem ist im Gebiet von Sajzewo, im Verantwortungsbereich der 4. Panzergrenadierbrigade „Sakarpatje“ der 128. Gebirgsjägerbrigade ein Filmteam des Fernsehsender „1+1“ geschickt. Es hatte die Aufgabe, die Soldaten durch ihre Reportage aufzumuntern und ein weiteres „Meisterwerk“ über die „erfolgreiche“ Verteidigung einer Einheit der Brigade angeblich im Kampf gegen „Terroristen“ zu schaffen und so die Lage zu eskalieren.

Im Zusammenhang damit schließen wir provokative Beschüsse unseres Territoriums von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den nächsten Tagen sowie inszenierte Beschüsse der 4. Panzergrenadierbrigade von Seiten der 2. Bataillons der 128. Gebirgsjägerbrigade nicht aus, die dann in der Folge von ukrainischen Journalisten als Beschüsse von Seiten der Republik dargestellt werden.

Die beklagenswerte Situation mit dem moralisch-psychischen Zustand des einfachen und Unteroffizierspersonals in der 59. Panzergrenadierbrigade hat das Kommando gezwungen, eilig Übungen mit Kommandeuren von Kompanien zu organisieren, die heute stattfinden. Als grundlegendes Ziel der Übungen wird die **Ausbildung von Kompaniekommandeuren in Fragen der Arbeit mit dem Personal** gesetzt. Und insbesondere soll das Personal über die Regeln der finanziellen Versorgung sowie von Vergünstigungen für Teilnehmer der sogenannten ATO nach Beendigung des Dienstes unterrichtet werden.

Dabei folgt aus Materialien unserer Aufklärung, dass das wirkliche Ziel ist, dass ein Kommandeur nach Abschluss der Übungen dazu in der Lage sein soll, dem Personal zu erklären und es davon zu überzeugen, dass ihre Rechte auf jeden Fall beachtet werden und sie alles Vorgeschriebene erhalten werden, es ist nur nötig etwas zu warten. Ebenfalls sollen sie eine mögliche Erhöhung des Solds in den Jahren 2020-21 versprechen. Und so die **aufkommende Unruhe wegen der in Vorbereitung befindlichen Abschaffung von Vergünstigungen für Veteranen der „ATO“** bezüglich der Zahlung von kommunalen Leistungen, des Erhalts von Landstücken und der Beförderung im öffentlichen Verkehr aufgrund der Absage des IWF an einen weiteren Kredit für Kiew zur Ruhe zu bringen. Wir schließen auch nicht aus, dass diese Übungen auf Anweisung des Präsidenten der Ukraine selbst stattfinden, um den Eindruck zu erzeugen, dass die derzeitige Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Anweisungen an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte richtet. Und das ist darauf gerichtet, dass Poroschenko Unterstützung von Seiten der Armee erhält für den Fall, dass die friedlichen Proteste in Kiew in den Versuch eines gegen den Staat gerichteten Umsturzes übergehen.

de.sputniknews.com: Serbien: Keine Zusammenarbeit mit Moskau ist keine Lösung – Politologen

Statt zu einem echten Partner auf dem Balkan zu werden, wird Washington laut Expertenmeinungen zunehmend zum Problem-Erzeuger. Wieder setzen die USA Serbien unter Druck, fordern eine einseitige Ausrichtung nach dem Westen. Politologen sehen darin ein Zeichen der Schwäche und raten zur Zusammenarbeit mit Moskau.

Ein „äußerst zynisches Verhalten“ sei es, sagt der serbische Politologe Dragomir Andjelkovic im Sputnik-Gespräch. Damit kommentiert der Experte eine Aussage von Hoyt Brian Yee, dem stellvertretenden Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium.

Dieser hatte die serbische Führung aufgefordert, sich endlich auf die Annäherung an die EU zu konzentrieren, statt stets zwischen Russland und dem Westen zu balancieren. Dies setze natürlich eine Neubewertung der Zusammenarbeit mit Moskau voraus.

Zynisch sei das Verhalten, weil „die Vereinigten Staaten sich damit anmaßen, die Bedingungen eines EU-Beitritts zu stellen“, ohne selbst EU-Mitglied zu sein. „Auf diese Weise erniedrigen die USA Brüssel und zeigen, wer hier das Sagen hat“, so der serbische Politologe.

Natürlich werde dadurch – das sei die andere Seite von Washingtons Verhalten – „ein brutaler Druck auf Serbien selbst“ erzeugt.

Es sieht ganz so aus, als wollten die Vereinigten Staaten ihren geopolitischen Konflikt mit Russland – nach den Niederlagen in Syrien und der Ukraine – jetzt auf den Balkan verlagern, wie der Experte bemerkt. „Offensichtlich glauben die USA, dass der Balkan nach den Krisen in Syrien und der Ukraine der beste Ort für ein Kräftemessen mit Russland ist – und auch, um Druck auf Moskau auszuüben und all jene Staaten, die auch zukünftig ein gutes Verhältnis zu Russland bewahren wollen.“

Der Politologe Dusan Prorokovic vom Belgrader Zentrum für strategische Alternativen sieht die Vereinigten Staaten indes geschwächt: „Vergleicht man die Lage mit dem, was vor fünf Jahren war, dann ist der Einfluss der USA auf dem Balkan heute um ein Vielfaches schwächer.“

Eben deshalb kämen solche Aussagen wie die des stellvertretenden Staatsministers immer häufiger – dies sei ein Zeichen der Nervosität Washingtons. Denn: „Russland wird ein immer aktiverer Akteur auf dem Balkan, wie auch China und die Türkei“, sagt der Analyst.

Zum Besseren werden solche „Ratschläge“ wie der von Hoyt Brian Yee die Lage Washingtons auf dem Balkan jedoch nicht wenden. „Ein gänzlich anderer Ansatz tut not“, mahnt der Experte Prorokovic.

„Man muss die Positionen darüber abstimmen, wie weiter verfahren werden muss. Das US-amerikanische Sicherheitskonstrukt hat sich ja als unwirksam erwiesen. Yee fordert von uns, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen und die US-Position in der Ukraine und im Nahen Osten mitzutragen“, sagt der Analyst.

Nur wo soll das hinführen? „In den 2000er Jahren haben viele Balkan-Länder Washington in allem unterstützt, aber irgendwie sehe ich nicht, dass sie davon auch profitiert haben: Der Lebensstandard ist nicht gestiegen, die inneren Fragen sind ungelöst und auch die internationale Stellung dieser Länder hat sich nicht verbessert“, so der Politologe.

Er rät: „Selbstverständlich müssen die USA in die Lösung von Balkan-Fragen miteinbezogen werden, wie auch alle anderen führenden Nationen. Aber mit so einem Ansatz werden die USA eher zum Problem-Generator als zum Problem-Löser.“

Belgrad müsse indes seine Politik der Balance fortsetzen, ist der Politologe Andjelkovic überzeugt. „Serbien befindet sich in der Zone westlicher Dominanz und ist durch westliche Drohungen durchaus angreifbar. Russland ist für Belgrad derweil außerordentlich wichtig, weil es serbische Interessen schützt – unter anderem im Zusammenhang mit dem Kosovo.“

Die wichtigste Frage aber lautet: „Ist das, was Yee gesagt hat, die Politik des Deep State oder der neue offizielle Kurs des Weißen Hauses? Ich denke, das werden wir schon bald erfahren“, so der Experte.

Dnr-online.ru: Das staatliche Unternehmen „Jusowskij Metallfabrik“ hat seit der Inbetriebnahme mehr als 4000 Tonnen produziert. Dies erläuterte der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Das Kollektiv kommt mit der Aufgabe klar, es gibt praktisch keine Probleme. Und das, obwohl die Fabrik praktisch von Null an wieder aufgebaut wurde, es wurde dennoch zur Perfektion gebracht, bisher wurden bereits mehr als 4000 Tonnen produziert“, sagte der Minister.

Nach seinen Worten werden im Moment Absatzmärkte erarbeitet, bisher wurden bereits zwei Verträge zum Export abgeschlossen.

„Alle Fabriken mit äußerer Leitung arbeiten wie auch die Unternehmen, die sich in Privateigentum befinden. Die grundlegenden industriellen Kapazitäten konnten erhalten werden, das technische Personal ist auch geblieben“, fügte Alexej Granowskij hinzu.

In einem Kommentar zur Unterstellung in ukrainischen Medien bezüglich eines Abtransports von Ausrüstungen aus der DVR unterstrich der Minister, dass die Produktionskapazitäten



erhalten werden konnten, vor allem dank eines Erlasses des Oberhauptes der DVR über ein Verbot der Demontage und der Ausfuhr von Ausrüstungen. „Wir arbeiten sehr eng mit dem Ministerium für Steuern und Abgaben zusammen, das den Zolldienst kontrolliert. Und ich habe keine Informationen über solche Fälle“, sagte er.

**abends:**

Dan-news.info: Gratulation des Oberhauptes der DVR aus Anlass des Tages der Staatsflagge der Donezker Volksrepublik

Landsleute! Bürger der Donezker Volksrepublik! Ich gratuliere euch zum Tag der Staatsflagge der Donezker Volksrepublik! Dies ist ein für uns alle wichtiger und bedeutsamer Feiertag. Die Flagge ist das wichtigste Staatssymbol. Das Symbol unseres Strebens zu Freiheit und Unabhängigkeit. Es ist die Erinnerung an unsere getöteten Genossen. Mit diesem Symbol sind wir in den Kampf gegangen.

Heute entwickelt sich die Donezker Volksrepublik. Es werden neue Unternehmen eröffnet, die Ökonomie stabilisiert sich, die Feinde fürchten unsere Armee. Unsere Flagge weht auf der ganzen Welt. Die Donezker Trikolore gibt es in Russland, unter unserer Flagge ist eine Delegation des Donbass nach „Artek“ auf der Krim gefahren, unsere Flaggen gibt es in Europa, Asien, in Syrien und in Amerika. Unsere Sportler siegen unter der Flagge der Donezker Volksrepublik bei internationalen Wettkämpfen! Und über all unseren Siegen weht die Flagge der DVR.

Zum Feiertag, geehrte Landsleute, Mitbürger, zum Tag der Staatsflagge der Donezker Volksrepublik!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

Alexandr Sachartschenko



<https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2017/10/P1-2-760x329.jpg>

de.sputniknews.com: **Nato: Wir sind für Zusammenarbeit mit Russland nicht bereit**

Die Nato ist laut dem Chef des Militärausschusses der Allianz, Petr Pavel, für eine Wiederherstellung der Zusammenarbeit mit Russland nicht bereit.

„Wir sagen unseren russischen Partnern, dass wir für einen Dialog offen sind, nicht aber für eine Wiederherstellung der Zusammenarbeit, weil die Bedingungen dafür noch nicht reif

sind“, so Pavel gegenüber der Presse.

Diese Bedingungen zeichneten sich aber auf der politischen Ebene bereits ab.

„Wir versuchen, die Kontakte mit Russland sowohl auf der politischen als auch auf der militärischen Ebene wiederherzustellen“, so Pavel weiter.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte zuvor erklärt, Russland sei für ein ehrliches Zusammenwirken mit den USA, der EU und der Nato bereit. Zugleich hatte der russische Chefdiplomat bei der UN-Generalversammlung Ende September betont, die Nato versuche, das „Klima des Kalten Krieges“ wieder aufleben zu lassen.

**Dnr-online.ru: Tausende von Einwohnern und Gästen der Republik haben sich heute auf dem Lenin-Platz versammelt, um an der festlichen Veranstaltung zum Tag der Staatsflagge der DVR teilzunehmen. Auch das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko nahm an der Veranstaltung teil.**

**Zu Beginn der Veranstaltung kamen Kursanten der Donezker allgemeinmilitärischen Offiziersschule im Paradeschritt und trugen die Staatsflagge der Donezker Volksrepublik. Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko wandte sich mit Begrüßungsworten an die Versammelten:**

**„Guten Tag, Landsleute! Ich gratuliere euch zum heutigen Feiertag. Zum Tag der Flagge der Donezker Volksrepublik! Das ist ein bedeutsamer Feiertag für uns alle. Unter unserer Flagge gehen wir in den Kampf, bauen die Ökonomie wieder auf, eröffnen Fabriken, bauen Schulen, Häuser, Kindergärten. Unter diese Flagge starben unsere Genossen. Und unter dieser Flagge werden wir siegen!**

**Ich bin überzeugt, dass der Tag kommen wird, wo unsere Flagge über allen Städten des ehemaligen Donezker Oblast wehen wird! Liebe Landsleute, zum Feiertag!“**

**Nach seiner Rede gab das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko den Befehl, über dem Hauptplatz der Hauptstadt die größte Flagge der Donezker Volksrepublik zu hissen, die von Vertretern aller Städte der DVR, darunter auch Slawjansk, Mariupol und anderen genäht worden war.**

**Nach der offiziellen Zeremonie traten Künstler der DVR in einem Festkonzert auf.**

**<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/wQ16RXaT1MU" frameborder="0" gesture="media" allowfullscreen></iframe>**

**<https://youtu.be/wQ16RXaT1MU>**

de.sputniknews.com: Treffen von Putin und Steinmeier (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

**Putin: „Ich hoffe, dass Steinmeier-Formel umgesetzt wird“**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Mittwoch nach seinem Treffen mit Frank-Walter Steinmeier in Moskau die Hoffnung geäußert, dass der Plan des deutschen Bundespräsidenten zur Ukraine umgesetzt wird.

Der deutsche Bundespräsident und er seien sich einig, dass eine nachhaltige Regelung in der Ukraine nur durch eine strikte Erfüllung der Minsker Abkommen erzielt werden könne, sagte Putin. In diesem Hinblick sei auch der russische Vorschlag zu einer UN-Mission erörtert worden.

Steinmeier äußerte seinerseits, dass die Krim und der Donbass die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland belasten.

**Putin: Moskau und Berlin in einem Punkt zu Syrien einig**

Moskau und Berlin sind sich laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin darin einig, dass die Terroristen in Syrien voll und ganz vernichtet werden müssen.

„Eingehend diskutiert wurde die Sachlage in Syrien. Wir haben uns darauf verständigt, dass man eine völlige und endgültige Vernichtung der Terroristen in diesem Land sowie einen

Ausbau der Anstrengungen für eine politische Regelung anstreben muss“, sagte Putin am Mittwoch nach dem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier in Moskau.

Unter anderem habe zudem ein Austausch von Meinungen über das iranische Atomprogramm und die Krise auf der Korea-Halbinsel stattgefunden, so Putin.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31802/96/318029684.jpg>

de.sputniknews.com: Kaspersky-Chef erläutert: So gelangte er an geheime NSA-Daten  
Der russische IT-Konzern Kaspersky Lab ist laut seinem Gründer Jewgeni Kasperski bei einem standardmäßigen Download von zu analysierenden Viren an geheime Daten gelangt, die den US-Geheimdienst NSA betreffen.

Analytiker sollen Kasperski im Jahre 2014 mitgeteilt haben, sie hätten Daten über das Hackerteam Equation Group heruntergeladen und dass darunter auch geheime Dokumente der NSA seien. Auf Kasperskis Anweisung hin seien diese „unverzüglich entfernt worden“. Ob die russische IT-Sicherheitsfirma die NSA über den Erhalt der Geheimdokumente informiert habe, sagte der Firmenchef gegenüber der Agentur AP nicht.

Im September hatten die US-Geheimdienste erklärt, dass die Produkte des Kaspersky Labs eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellen würden. Die russischen Behörden kritisierten diese Position scharf. Ungeachtet dessen teilte der Kaspersky-Chef Jewgeni Kasperski mit, dass seine Firma nicht beabsichtige, den US-Markt zu verlassen.